

Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

25. Jahrgang Nr. 5/2017

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €

Aufwachen, Herr Tillich!



von Links: Janina Pfau MdL, Maik Schwarz & Rico Gebhardt MdL

KINDERARMUT IN FÜNF JAHREN BESEITIGEN!

Plakat-Kampagne der LINKEN soll Sachsens CDU-geführte Staatsregierung wachrufen

Selbst laut offizieller Statistik gibt es in Sachsen deutlich mehr arme Kinder als im Bundesdurchschnitt. Demnach ist etwa in Leipzig jedes vierte Kind betroffen. Insgesamt leben im Freistaat mindestens 150.000 arme Kinder – besonders in kinderreichen Familien und bei Alleinerziehenden. Bundesweit ist jedes fünfte Kind armutsgefährdet, es gibt zwei Millionen arme Kinder. Die sächsische Landtags-Linksfraktion hat am 17. März eine Großflächenplakat-Aktion gestartet. Das Motiv lautet: „150.000 sächsische Kinder leben in Armut. Aufwachen, Herr Tillich! – Sachsens Regierung muss im Bund für mehr Kindergeld und eine Kindergrundsicherung kämpfen! Kinder verdienen Gesundheit, Würde und gute Bildung.“ Diese war bis zum 3. April 2017 an 180 Standorten präsent, darunter auch in Plauen, Reichenbach und Oelsnitz.

Maik Schwarz, Bundestagskandidat der LINKEN im Vogtland, erklärt dazu: Arme Kinder werden oft die armen Jugendlichen von morgen und die armen Eltern von übermorgen. Dieser Kreislauf muss durchbrochen werden! Wir wollen die sächsische Staatsregierung mit unserer Aktion wachrufen und den Druck verstärken, damit die Kinderarmut in fünf Jahren beseitigt ist.

Im Jahr 2014 waren im Vogtlandkreis 3463 Kinder von der Mindestsicherung nach SGB II abhängig. Das sind 3463 zu viel. Kinder, die in Armut leben, müssen vieles entbehren – warme Mahlzeiten, Obst und Gemüse, altersgerechte Bücher und Spielzeug, oder die Möglichkeit, Freunde einzuladen oder Geburtstage zu feiern. Wer nicht am Kinobesuch oder der Klassenfahrt teilhaben kann, wird schnell zum Außenseiter. Sie haben auch geringere Chancen auf gute Bildung. Die Aussichten, dass sie eine Hochschule besuchen werden, sind um ein vielfaches schlechter. Demütigungserfahrungen prägen oft ihr ganzes Leben.

Kinderarmut muss verhindert werden, bevor sie entsteht. Wir brauchen ein Umdenken bei Löhnen und Mitbestimmung: Das Land braucht mehr Betriebsräte, Tarifbindung und höhere Einkommen! Auf der Bundesebene muss die Staatsregierung für eine existenzsichernde Grundsicherung in Höhe von 1.050 Euro kämpfen und dafür, dass in einem ersten Schritt das Kindergeld auf 328 Euro erhöht wird. Kleine und mittlere Einkommen müssen steuerlich entlastet, große Einkommen und Vermögen stärker belastet werden.

aus dem	LINKE in Oelsnitz/Vogtl. gerüstet.....	S. 2
Inhalt:	Müllpolitik im Vogtland.....	S. 4
	Jugendklub besucht.....	S. 5
	Briefe.....	S. 6

DIE LINKE.

NEUMITGLIEDERSTUDIE

entkräftet Vorbehalte der Extremismusforschung

Im Rahmen einer Masterarbeit der Politikwissenschaft an der TU Chemnitz wurde im vergangenen Jahr eine Studie über die Neumitglieder des sächsischen Landesverbandes der Partei DIE LINKE erstellt. Die Ergebnisse dieser Studie liegen nunmehr vor.

Befragt wurden in einer kombinierten Online- und postalischen Befragung alle Neumitglieder, die zwischen dem 1. Januar 2011 und dem 31. Mai 2016 in die Partei eingetreten waren. Der Befragungszeitraum lag zwischen dem 1. Juni und dem 31. August 2016. Die Rücklaufquote lag bei rund 43 Prozent. Neben soziodemographischen Daten und Beitrittsmotivationen wurden auch politische Einstellungen der Neumitglieder abgefragt.

Die vorwiegend jüngeren Neumitglieder – fast 60 Prozent sind unter 35 Jahre alt – zeichnen sich dabei durch ein hohes Vertrauen in legislative Institutionen wie den Bundestag oder den Landtag, aber auch in die Judikative aus. So haben bspw. fast 80 Prozent der Neumitglieder hohes oder sehr hohes Vertrauen in das Bundesverfassungsgericht. Am wenigsten vertrauen die Neumitglieder der Bundes- und Landesregierung und dem Militär.

Zwar sind es vor allem gesellschaftliche Entwicklungen wie der gesellschaftliche Rechtsruck, der Neumitglieder zum Eintritt in die Partei bewegen, dennoch interessieren sie sich überdurchschnittlich für die klassischen linken Politikfelder wie Sozial-, Friedens- und Bildungspolitik. Auffallend ist auch die hohe Zustimmung zu einer linken Regierungsverantwortung. Fast 90 Prozent der Neumitglieder befürworten dies.

Gleichzeitig verändert die Studie auch den Blick auf die Partei. So heißt es im Gutachten zur Arbeit: „Was die Einstellungen zur Demokratie angeht, entkräftet die Studie Vorbehalte der normativen Extremismusforschung – zumindest mit Blick auf die Neumitglieder. Rund 87 Prozent – und damit 5 Prozentpunkte mehr als im gesamten Osten – halten Demokratie für die beste Staatsform; zugleich liegt der Anteil der Demokratiezufriedenen mit 37 Prozent um 10 Prozentpunkte niedriger als im gesamten Osten. Darum scheint die Linke vor allem sog. ‚kritische Demokraten‘ anzuziehen. Sie erfüllt damit eine klassische Parteienfunktion.“

DIE LINKE OELSNITZ FÜR GROBE HERAUSFORDERUNGEN GERÜSTET

Ortsverband wählt neuen Vorstand



Lars Legath

Am 23.03.17 kam der Ortsverband DIE LINKE Oelsnitz zu einer Mitgliederversammlung zusammen. Schwerpunkt der Beratung war die Wahl des neuen Ortsvorstandes.

Die langjährige Ortsvorsitzende, Janina Pfau kandidierte nicht mehr für das Amt, da sie sich mehr auf ihre Arbeit im Landtag konzentrieren möchte. Zu ihrem Nachfolger wurde der 27-jährige Lars Legath gewählt. Ihm werden die bisherigen Stellvertreterinnen Anke Lippold und Margit Stöhr zur Seite stehen. Vervollständigt wird der Vorstand von Elke Jacob und Waldemar Strjukov.

Neben der Ortsvorstands-Wahl unterhielten sich die Mitglieder über Vorhaben zur Bundestagswahl, die Neumitgliederstudie des Landesverbandes und die aktuellen Themen in der Stadtratsfraktion.

Nach der Wahl erklärte Legath: „Ich freue mich über diese Zusammensetzung des Ortsvorstandes. Wir haben sowohl von den Erfahrungen, als auch vom Alter her eine gute Mischung. In den nächsten zwei Jahren stehen für uns als Ortsverband wieder große Herausforderungen an. Neben der Bundestagswahl und den Kommunalwahlen stehen 2019 auch wieder Bürgermeisterwahlen an.“

VOSLA-JOBS MÜSSEN GERETTET WERDEN!

Was sich bereits im Februar, mit der Anmeldung der Insolvenz, andeutete wird nun traurige Realität. Die vosla GmbH hat angekündigt ein Drittel ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entlassen zu wollen. Dazu erklärt Maik Schwarz, Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE Vogtland:

„Nachdem die vosla über fünf Jahre eine kleine Erfolgsgeschichte war, kam es nun kürzlich zur finanziellen Schiefelage. Ein nicht durchfinanziertes Sanierungskonzept wird als Grund genannt. An diesem waren aber mit Sicherheit nicht die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schuld. Dass nun 100 von ihnen mit dem Verlust ihres Jobs den Preis dafür bezahlen, macht mich traurig und wütend zugleich. Zudem bedauere ich, dass die Verantwort-

träger der Kommunalpolitik nicht zu den Investoren der vosla durchdringen konnten. Nicht einmal eine von uns geforderte öffentliche Stellungnahme war von ihnen zu vernehmen.

Nun braucht es volle Unterstützung durch Gewerkschaften und den Betriebsrat, um möglichst viele Jobs zu erhalten. Vielleicht verzichtet ja zur Abwechslung mal ein Investor für eine Weile auf seine Gewinne, um den Arbeiterinnen und Arbeitern den Job zu retten.

Wir als LINKE stehen jedenfalls gemeinsam mit den Gewerkschaften auf der Seite der Arbeiterinnen und Arbeiter. Es bleibt daher dabei: Die vosla braucht die Solidarität der Region.“

NACH DER SPARKASSE NUN AUCH DIE VOLKSBANK

Nach den Sparkassenkundinnen und Kunden, müssen nun auch die Kundinnen und Kunden der Volksbank Vogtland mit Einbußen beim Service und bei der Erreichbarkeit zurechtkommen. Den Plänen des Geldhauses nach soll die Hälfte der Filialen dem Kahlschlag zum Opfer fallen. Als Grund gibt die Volksbank rückläufige Gewinne an.

Auf Unverständnis stößt dies beim Bundestagskandidaten der vogtländischen LINKEN, Maik Schwarz: „Offensichtlich nur, weil Investoren den Hals nicht voll genug bekommen können, werden den Kunden die Serviceangebote gestrichen. Trotz eines Rückgangs von 0,3 Mio. Euro, wies die Volksbank 2016 noch einen Gewinn von 2,8 Mio. Euro aus. Die Mitglieder der Genossenschaftsbank sollen nach den Plänen des Vorstandes auch in diesem Jahr eine Dividende bekommen. Zwar

fällt diese mit 2 Prozent nur halb so hoch aus wie im Vorjahr, dennoch handelt es sich um ein leistungsunabhängiges Einkommen, für dessen Erhalt nun die Serviceleistungen am Kunden eingedampft werden sollen“, so Schwarz. Landtagsabgeordnete Janina Pfau, Sprecherin für Verbraucherschutz der Fraktion DIE LINKE schließt hierzu an: „Wieder ein Schlag in das Gesicht von Verbraucherinnen und Verbrauchern im Bereich Finanzdienstleistung. Das Ausdünnen der Geschäftsstellen und somit das Wegfallen eines großen Bereichs an Kundenservice für die Bürgerinnen und Bürger nimmt kein Ende. Gerade im ländlichen Raum, mit einer erhöhten Anzahl an älteren Menschen, ist das tragisch, da diese meist nicht einfach zu einer Onlinebank wechseln können. Zusätzlich werden die Kundinnen und Kunden mit neuen teils undurchsichtigen

Kontomodellen und erhöhten Gebühren belastet.“

Dies war auch auf dem letzten Plenum des sächsischen Landtages in der vergangenen Woche ersichtlich. „Es ist von größter Bedeutung, die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern gegenüber Kreditinstituten zu stärken. Wir als Fraktion DIE LINKE haben dazu einen Antrag zu mehr Transparenz, Kundenorientierung und Verbraucherschutz bei Kreditinstituten eingebracht. Er stieß auf kein großes Gegenkommen bei den regierenden Parteien.“ Wieder einmal zeigt sich: Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen eine starke Lobby, um ihre Rechte im täglichen Leben erreichen zu können. Dafür braucht es einen gut ausgestatteten und leistungsstarken Partner und der heißt Verbraucherschutz.

SCHULGESETZ DER CDU/SPD-KOALITION RÜCKWÄRTSGEWANDT

Reparaturen statt Zukunft: Längeres gemeinsames Lernen fehlt

Zur abschließenden Beratung der Schulgesetz-Novelle der CDU/SPD-Koalition erklärt Cornelia Falken, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag:

Der Titel „Gesetz zur Weiterentwicklung des Schulwesens im Freistaat Sachsen“ ist Etikettenschwindel. Tatsächlich handelt es sich um rückwärtsgewandte Reparatur – das belegen schon die 250 Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, mit denen der schlimmste Dilettantismus unter Regie der CDU-Kultusministerin Kurth abgemildert werden sollte. Zugleich wurde der Öffentlichkeit eine Bürgerbeteiligung vorgetäuscht, die zu landesweiter Frustration führte, da sich die Vorschläge aus der Bevölkerung nicht mal in Spurenelementen im Gesetzesentwurf finden.

Der Weg in die Zukunft wurde verpasst, das längere gemeinsame Lernen – von der überwältigenden Mehrheit der Menschen in Sachsen gewünscht – der Anhänglichkeit der CDU ans überholte gegliederte Schulwesen mit Auslese der Kinder nach Klasse 4 geopfert. Die Linksfraktion will dagegen mit einem Änderungsantrag die Möglichkeit zur Gründung von Gemeinschaftsschulen schaffen.

Unsere weiteren Änderungsanträge zielen auf folgende Punkte ab: Inklusive Bildung an allen Schulen, kleinere Klassen (Absenkung der Klassenobergrenze auf 25), beitragsfreier Schülertransport, Durchsetzung wirklicher Lernmittelfreiheit, Maßnahmen gegen Unterrichtsausfall durch flexibleren Einsatz von Lehrkräften, Stärkung der Mitspracherechte der

Elternvertretungen, verpflichtende Schulsozialarbeit überall, verbindlicheres Anhörungsrecht der Interessenvertretung der Sorben und Ermöglichung von weiterführenden Schulabschlüssen auch an Volkshochschulen.



Cornelia Falken

© DIE LINKE Sachsen

Fakt ist: Auch wenn die CDU/SPD-Koalition heute „ihre“ Schulgesetznovelle durchdrücken sollte, wird die öffentliche Auseinandersetzung darüber weitergehen. Denn was heute auf dem Tisch liegt, ist einfach nicht auf der Höhe der Zeit.



Für eure Artikel!

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
17. Mai 2017

**Sendet uns eure Beiträge an:
redaktion@dielinke-vogtland.de**



MÜLLPOLITIK VERFEHLT DIE LEBENSREALITÄT IM VOGTLAND

Im Vogtland ist eine Debatte um den Müll entbrannt. Anlass ist, dass der Landkreis eine neue Abfallwirtschaftssatzung beschließen will. Die vogtländische LINKE im Kreistag hatte sich schon im Vorfeld um mehr Transparenz bemüht und gefordert, die Öffentlichkeit in den Prozess mit einzubeziehen. Aufgrund des öffentlichen Druckes hat die Kreisverwaltung jetzt offenbar die „Notbremse“ gezogen und das Thema bei der kommenden Kreistagssitzung zur „ersten Lesung“ deklariert. Die LINKE begrüßt diesen Schritt, sieht aber die Probleme wie Intransparenz, ungenügende Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger als auch die Müllvermeidung als ungelöst an. Als ganz aus dem Prozess Ausgeschlossene, fragt sich die Plauener Stadträtin und Fraktionsgeschäftsführerin Petra Rank: „Hinter verschlossenen Türen wurde über viele Monate diskutiert und beraten – aber mit wem und worüber? Leider ist hier nichts Näheres zu erfahren. Für uns ist das nicht nachvollziehbar. Müssen doch die Kreisräte und Kreisrätinnen am Ende darüber abstimmen und sollten sich vorher eine Meinung gebildet haben. Dazu gehört auch, mit den Betroffenen über den Entwurf sprechen zu können und gegebenenfalls fachlichen Rat einzuholen. Oder soll die Bevölkerung gar nicht vor der Beschlussfassung informiert werden?“

Kreisrätin und Landtagsabgeordnete Janina Pfau findet, dass die neue Satzung an der Lebenswirklichkeit vieler Vogtländerinnen und Vogtländer vorbeigeht: „Es ist einfach nicht mehr nachvollziehbar, was die Verantwortlichen im Landkreis mit den Veränderungen in der Abfallwirtschaftssatzung erreichen wollen. Müllvermeidung und Eindämmung illegaler Müllentsorgung scheint nicht deren Anliegen zu sein und auch die Realität auf den Dörfern scheint ihnen fremd zu sein. Der wichtigste Punkt im gesamten Konzept sollte die Müllvermeidung sein. Wenn sich der Landkreis aber jetzt freut, dass er nun mit der geplanten Einführung des Identensystems endlich die Bürgerinnen und Bürger erwischen kann, die nicht mindestens vier Restabfalltonnen im Jahr abgeben, dann hat dieses nichts mit Müllvermeidung zu tun. Bei vielen Vogtländerinnen und Vogtländer in den Dörfern fallen nun mal nicht vier Abfalltonnen Restmüll im Jahr an. Also sollen nun die Bürgerinnen und Bürger schön viel Restmüll produzieren, dass sich auch die viermalige Leerung lohnt, weil bezahlen müssen sie die Tonne, ob voll oder leer. Auch die Umsetzung der Einführung der Biotonne widerspricht jeder Logik. Laut neuer Satzung können die Bürger befreit werden, die nachweisen, dass sie den Bioabfall selbst kompostieren können. Dieses stellt wieder einen großen Bü-

rokratieaufwand für Bürger und Verwaltung dar, besonders weil Sonderfälle wie beispielsweise die Verbringung in den eigenen Schrebergarten, gar nicht bedacht wurde.“

LINKEN-Kreisrat Henry Ruß, der für die Fraktion auch im nicht öffentlich tagenden Müllausschuss sitzt, ergänzt: „Neben den noch vielen offenen Fragen ist auch nicht nachvollziehbar, warum künftig die kostenlose Entsorgung von Sperrmüll wegfallen soll. Bis jetzt konnten die Vogtländerinnen und Vogtländer einmal im Jahr kostenlos ihren Sperrmüll abholen lassen. Dieses soll nun durch kostenpflichtige „Sperrmüll-Schecks“ erfolgen. Mit dieser geplanten Änderung fordert der Landkreis geradezu heraus, dass noch mehr Sperrmüll in unseren Wäldern landet.“

Einigkeit besteht bei den LINKEN aus der Stadt Plauen und dem Altkreis, dass die veranschlagten Änderungen scheinbar wieder nur Kostenerhöhungen mit sich bringen, wobei die Gebührensatzung noch nicht zur Entscheidung steht, anstatt zur Müllvermeidung und Transparenz beizutragen.

17.05.2017 SACHSENWEITER RAINBOWFLASH

Internationaler Tag gegen Homo-, Trans- und Interphobie (IDAHOT/IDAHIT)

Anlässlich des IDAHOT/IDAHIT am 17. Mai 2017 ruft der Lesben- und Schwulenverband (LSVD) Landesverband Sachsen zur Teilnahme am 7. Sachsenweiten Rainbowflash auf.

Von Nowosibirsk bis New York, von Paris bis Wladiwostok, von Peking bis Kapstadt und eben auch in ganz Sachsen wollen wir gemeinsam am IDAHOT/IDAHIT für gleiche Rechte, gesellschaftlichen Zusammenhalt und gegenseitigen Respekt streiten und jeder Ideologie der Ungleichwertigkeit entgegenreten. Selbstbestimmt, offen und diskriminierungsfrei – eine

demokratische Gesellschaft muss es allen Menschen ermöglichen, jederzeit und an jedem Ort ohne Angst verschieden sein zu können.

Wir widersprechen laut den Täterinnen von Orlando, von Tschetschenien und all den anderen Orten, an denen Lesben, Schwule, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) wegen ihrer Art zu lieben, zu leben oder wegen ihrer Geschlechtsidentität Diskriminierung, Gewalt und Tod erfahren müssen. LSBTI Rechte sind Menschenrechte!

Mit vielen Partnerinnen werden wir mit Luftballons und Botschaften gegen Hass und Ausgrenzung klar ma-

chen: Gewalt und Vorurteile gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen haben keinen Platz in einer demokratischen und bunten Gesellschaft.

Komm auch Du zu Deiner leichtesten Aktion am Internationalen Tag gegen Homo-, Trans- und Interphobie! Wir freuen uns auf viele Teilnehmende.

**Plauen
Theaterplatz
18:00 – 19:30 Uhr**

*René Mertens
LSVD Sachsen*

STADTRÄTIN BESUCHT JUGENDKLUB

Es ist nicht einfach, allein als Stadträtin der Partei DIE LINKE wirksam zu werden. Bei der nächsten Kommunalwahl - und die kommt bestimmt - werden uns nur dann mehr Bürger ihre Stimme geben, um eventuell wieder mit einem zweiten Stadtrat vertreten zu sein, wenn sie das Gefühl haben, die linke Stadträtin vertritt unsere Interessen und kann auch etwas bewirken. Wir haben uns zwar zum Beispiel aktiv mit schriftlichen Vorschlägen für die Gestaltung der Freizeitanlage am ehemaligen Bauhof und des neuen Marktplatzes eingebracht. Einiges ist auch bei der Realisierung bzw. Planung berücksichtigt worden, aber wissen das auch die Bürger? Dazu müssen wir mehr an die Öffentlichkeit. Das war eine Schlussfolgerung unserer Stadträtin Helga Meyer, als sie in der letzten Mitgliederversammlung Bilanz über unser Wahlprogramm nach einer halben Legislaturperiode in Lengenfeld zog. In unserem Wahlprogramm fordern wir die Bereitstellung ausreichender Mittel für Kinder- und Jugendarbeit.

Am 22. 04. trafen wir uns - Helga und ich - mit Jugendlichen und dem Leiter des Klubs, Mike Friedrich vom Verein für offene Jugendarbeit, zu einem interessanten Gespräch von fast zwei Stunden. Dabei erfuhren wir, dass der Klub eigentlich gut angenommen wird. Dort treffen sich täglich von 13.00 bis 18.30, außer sonnabends und sonntags, zwischen 10 und 45 Jugendliche im Alter von 12 bis 26 Jahren. Bei 45 Personen platzt der Klub aber aus allen Nähten. Die Räume sind nicht groß. Einige Jugendliche kommen auch aus Weißensand und Plohn. Die Jugendlichen können dort fernsehen, mit dem Computer arbeiten, Billard spielen oder einfach nur reden. Aber sie helfen sich auch bei den Hausaufgaben. Über Freigelände verfügt der Klub nicht. Zum Fußballspielen müssen sie nach Unterheinsdorf, in Lengenfeld besteht zur Zeit keine Möglichkeit, d. h., in Lengenfeld gibt es nicht einmal einen Bolzplatz. Da könnten wir ja mal drüber nachdenken. Etwa zwei bis drei Mal werden auch größere Aktionen gestartet, z.B. eine Fahrt nach Schöneck ins Spaßbad, da stoßen aber einige schon an ihre finanziellen Grenzen beim Eigenbeitrag von ca. 10 €. Eine etwa 16-jährige Jugendliche, die sich

sehr engagierte, sagte uns aber, dass sie sich auch finanziell gegenseitig helfen, wenn es erforderlich ist. Viele der Klubmitglieder verfügen über wenig eigene Mittel, ihre Eltern wahrscheinlich auch. Nur zwei Jugendliche besuchen das Gymnasium. Die Jugendlichen gehen gern in ihren Klub und würden sich freuen, wenn auch an den Wochenenden geöffnet wäre. Deshalb versuchen sie, eine Selbstverwaltung an den Wochenenden zu realisieren. Aber das ist nicht so einfach wegen der Aufsichtspflicht. Die „Giftliste“ des Kreises wirkt sich auch unmittelbar auf das Klubleben aus. Es war für uns schon erschütternd, als wir erfuhren, dass die Öffnungszeit von 30 auf 24 Stunden pro Woche reduziert werden musste, weil die Stadt die Zuschüsse kürzte. Wir fragten natürlich auch nach, wie wir auch über den Stadtrat helfen könnten. Der bauliche Zustand des Gebäudes ist schlecht, so schlecht, dass das Stadtarchiv ausziehen musste. Aber für die Jugendlichen muss es reichen. Die Jugendlichen und auch Herr Friedrich möchten gern im Haus bleiben, aber eine Sanierung des Gebäudes wäre dringend erforderlich. Eine Sanierung des Eingangs, wie vom Bürgermeister vorgeschlagen, reicht mit Sicherheit nicht aus. Wir überlegen, ob wir im Stadtrat den Antrag stellen, dass die Stadtverwaltung nach Möglichkeiten sucht, um das Gebäude zu sanieren.

Das Tuch des Billardtisches ist völlig zerschissen und kaum noch bespielbar. Nach Angaben von Herrn Friedrich kostet das Tuch ca. 150 €, die Bespannung vom Fachmann ca. 400 €. Das Bespannen könnten sie aber auch allein. Vielleicht wäre es möglich, dass unsere Kreisparteiorganisation hier direkt hilft. Die Jugendlichen und auch Herr Friedrich würden sich freuen, wenn unsere Landtagsabgeordnete, Janina Pfau, und unser Direktkandidat für die Bundestagswahl, Maik Schwarz, den Jugendklub Lengenfeld einmal besuchen würden. Auch wir würden uns freuen, wenn sie dafür gemeinsam Zeit fänden. Für uns war der Besuch sehr interessant und aufschlussreich. Gerade diesen jungen Menschen müssen wir helfen, sie dürfen nicht verloren gehen.

Helga Meyer & Christian Jacob

NEIES VON DAR META

Ne Donnerstooch woar endlich wider emoll halbwegs Frühlingswetter un de Meta is miet iehr'n klaan Enkel Paul nooch Plaue ze ihrer Freindin gefahrn. Do froocht de Neideiteln glei: „Sei beim Paulchen scha wider Schulstund'n ausgefalln? „Ha,“ soocht de Meta, „dor Lehrer fier Singe un Zeichne is immer noch krank un Vertretung dorfier hamm se immer noch kaane.“ Do maant de Neideiteln „do isses kann Wunner, dess es immer mehr Kulturbanausen gibbt, die nix weiter kenne als ne ganzen Tooch auf iehr'n Computer rum ze klappern un dess kaum mehr gunge Leit neis Theater un ins Museum gene.“

Die dreie sei nei ne Stadtpark gange un hamm wider de Vechele in der Voliere im Park miet Haselniss un Sonneblumekerner gefittert. Do darnoch sei se nei de Tennera gange un hamm Mittooch gessen. Es hott Sülze miet Braterdepfel un Krautsalat gehm. „Nu, mei Gute, du guckst heit wider su grimmisch, is dar e Laus ieber de Leber geloffen?“

„Ha“, soocht de Neideiteln. „Stell dar ner e moll fier, do hamm se neie Busse gekaapt un vorher net bedacht, dess die fier manche Stroßen viel ze lang un ze braat sei un net an dor Straß'nbahn vorbei komme.“

Dessarweeng hamm se itze die scheene Zentralhaltestelle vom Tunnel in de Syraastrooß varleecht, die do darieser iberhabbt net geeichnet is. Es gibt kaa Parkeinbuchtung un de Kinner renne noch ne Aussteing glei vor oder oder hinter ne Bus ieber de Strooß, wo itze dar Gengverkehr nimmer mit 20 sondern miet 50 gerammelt kimmt. Des is e große Unfallgefahr un net e mal e Warnschild gibb's.

„Sei die denn bleed, sette große Busse aazeschaffn, die net nei de Innenstadt pass'n?“ soocht de Meta, „iech kaa mar aa kaa pompöses Polstermöbel, wenn iech aa es Geld do dorfier hätt, kaafn, dess gar net nei mei klaane Stub passt.“

Dieter Riedler

ÖFFENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

des Ortsverbands Treuen/Lengenfeld am 13.03.2017

Diese Mitgliederversammlung diente u.a. einer Zwischenbilanz über die Realisierung des Wahlprogrammes des Ortsverbandes Treuen/Lengenfeld der Linkspartei zur Kommunalwahl 2014 in der Stadt Treuen.

Zu Beginn meines Berichtes verwies ich darauf, dass eine Vielzahl von nicht vorhersehbaren Ereignissen die bisherige Realisierung des Wahlprogrammes beeinflussten. Dazu zählte ich:

- die aufgrund des Wahlergebnisses sinnvolle und vom Ortsverband gebilligte Bildung einer Fraktion Linke/SPD,
- der enorme Zustrom von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Jahr 2015,
- die vorhandenen starken Aktivitäten rechter Kräfte in Treuen in Zusammenhang mit der Diskussion über die Unterbringung Unbegleiteter Minderjähriger Ausländer (UMA) in der Ortschaft Eich bis hin zur bekannten NPD-Kundgebung auf dem Marktplatz Treuen,
- Regelungen zur kommunalen Finanzierung mit ihren mehr als kritikwürdigen Auswirkungen auf den Kommunalhaushalt und damit notwendigen Investitionen.

Des Weiteren verwies ich darauf, dass sich bekanntlich jeder Kommunalvertreter der LINKEN im Spannungsfeld zwischen den programmatischen Beschlüssen der Partei einerseits und andererseits der Tatsache befindet, dass gemäß geltendem Recht in Sachen die Gemeinde- und Stadträte Teil der Kommunalverwaltung sind. Kein Kommunalvertreter hat den Status eines Landtags- oder Bundestagsabgeordneten.

Dies sind aus meiner Sicht zumindest Hintergründe dafür, dass es äußerst kompliziert, vielleicht sogar unmöglich, ist, alle Punkte des Wahlprogrammes Eins-zu-Eins umzusetzen. Dessen ungeachtet dürfen die Programmpunkte nie aus den Augen verloren werden. Es ist auch die Überzeugung aller Fraktionsmitglieder, dass sich unsere Ar-

beit nicht in der Kontrolle der Verwaltung erschöpfen kann. Wir sehen es als besondere Aufgabe, durch verschiedenste Beschlussanträge und Aktivitäten gestaltend auf die Kommunalpolitik in Treuen Einfluss zu nehmen. Beispielsweise wurden folgende Anträge beschlossen:

- Resolution zur Ablehnung von TTIP, CETA und TiSA (einstimmige Annahme im Stadtrat)
- Änderungsanträge im Rahmen der Stellungnahme zum Regionalplan (z.B. zum Ausbau des Datennetzes, Einrichtung eines Güterverkehrszentrums, weitere Schaffung von Radwegen)
- Änderungsantrag zur Satzung über die Benutzungsgebühren des Freibades (z.B. Erweiterung von ermäßigten Gebühren auf Großeltern mit deren Enkeln)
- Änderungsanträge zur dinglichen Sicherung von Rechten im Rahmen von Grundstücksverkäufen (z.B. zum perspektivischen Bau von Radwegen an der B 173)
- Gemeinsamer Antrag Linke/SPD/CDU/FDP zur besseren Information der Bürgerinnen und Bürger über das Internet (mündete letztendlich in den Beschluss zur Anschaffung eines Programmes für die Ratsarbeit)
- Erfolgreiche Initiative für eine Forderung der Stadträte Puschmann (SPD), Jahn (Linke), Galle (Freie Wähler), Kropfgans, Andermann, Schubert (alle CDU) zur Berichterstattung der Bürgermeisterin über deren Arbeit in Zusammenhang mit der Unterbringung von UMA sowie Asylbewerbern und Flüchtlingen in Treuen im Herbst 2015.
- Die erfolgreichen Bemühungen von Longin Ritter und Manfred Puschmann im Rahmen der Abwasserprojekte in Treuen und Eich wurden im Rat gewürdigt.

Nicht zuletzt waren wir der Initiator des „Netzwerkes Treuen“ zur Betreuung und Unterstützung in Treuen un-



Jürgen Jahn

tergebrachter Asylbewerber. In diesem Netzwerk arbeiten Bürgerinnen und Bürger, Stadträte von Linke, SPD, CDU sowie die evangelisch-lutherische Kirche zusammen. Das trug sicher auch dazu bei, dass jene NPD-Kundgebung in Treuen zumindest bisher ein Einzelfall blieb und die Asylbewerber gut in Treuen aufgenommen wurden. Unser Antrag, dass sich zumindest der Verwaltungsausschuss frühzeitig mit Fragen der Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen befassen möge, wurde im Januar 2015 abgelehnt.

Erwähnt werden soll auch, dass seit der Gründung der TWV (Treuer Wohnungsverwaltung GmbH) mit Renate Lauer zum ersten Mal eine linke Stadträtin Vorsitzende des Aufsichtsrates ist.

All dies sind ohne Zweifel Punkte, die sich so im Kommunalwahlprogramm nicht finden lassen. Sie machen aber bestimmt deutlich, dass unsere Arbeit nicht ohne Einfluss blieb, obwohl wir der Auffassung des Ortsvorsitzenden zur Kontrolle der Stadtverwaltung in deren Ausprägung nicht folgen.

Jürgen Jahn
Fraktionssprecher

ZUM VOGTLANDBOTEN

"Wem um eine Sache zu tun ist, der muss Partei zu ergreifen wissen, sonst verdient er nirgends zu wirken!" Nein nicht von Marx oder Lenin etwa stammt diese kluge Erkenntnis – nein vom altwürdigen Dichturfürsten Johann Wolfgang von Goethe! Diese Erkenntnis – Sohn kommunistischer Eltern – war es wohl, gleich nach der Wende damals der PDS beizutreten (noch heute umso mehr Dankeschön an Peter Giersich und dem leider inzwischen verstorbenen Genossen Wolfgang Meisinger als Vorsitzender der damals noch existierenden Ortsgruppe Schöneck) wie gleichermaßen aber auch mit Begeisterung und Überzeugung meine langjährigen Erfahrungen als Diplom-Journalist in unseren Vogtland-Boten einzubringen. War ich doch gern der Bitte von Peter Giersich nachgekommen und habe – quasi von Beginn fast an dabei – mit ihm gemeinsam diesen oft doch so steinigen Weg mit manch Hindernis gern bestritten.

Leider hatte Peter dann – auch nicht mehr der Jüngsten einer, aus gesundheitlichen und persönlichen Gründen (u.a. der Betreuung seiner kranken Frau) – und dem er gar noch eine „ganze Ecke drangehängt“ hatte, doch sein Amt abgeben müssen! Ist ihm wohl doch um so mehr Dank zu sagen für all das, was er in all den vielen Jahren geleistet hat. Ist er uns ja auch solcherart aktiv erhalten geblieben in der VVN-BdA – über die Regionalgruppe hinaus – im Landesvorstand und dessen Zeitschrift "Der Winkel". Wir indes waren damals – sagen wir´s ehrlich – in ein „tiefes Loch gefallen“. Wohl auch, weil wir uns auf eine solche Situation nicht eingestellt hatten. Was nun – und wie weiter? Quo vadis Vogtland-Bote? Und so möchte ich hier ausdrücklich Sandy Gruber Dankeschön sagen! Die sich, trotz wohl dreier kleiner Kinder, den doch riesigen „Hut aufsetzte“, und an die ich mich ob mancher Telefonate gern und voller Achtung erinnere. Wengleich dann auch – zumal wegen familiärer Probleme auch überfordert:

Hat sie doch ein gutes Stück unseres „Boten“ mit geschrieben. Danke dafür! Der „Giersich-Peter“ indes war



nicht so einfach zu ersetzen – schon gar nicht von heute auf morgen. Eben-sowenig wie jene Autorentreffen da in der „Elsterperle“ in Oelsnitz, mit Zwickauer Redaktions-Genossen wie gar jungen Genossen aus Greiz.

Es war jene Zeit, als unsere Auflage wie unser Ansehen sehr hoch waren – wie auch die Zuarbeit: mussten wir doch so manchen Beitrag nach Zwickau „abgeben“ (und so erschien mancher meiner Beiträge eben da, mit dem Ergebnis, dass ich manch positive Reaktion über Post oder Telefon von dort erhielt.)

Und so hatte ich die Lösung einer gemeinsamen Zeitung nicht nur aus „rationalen Gründen“ als recht vorteilhaft empfunden (zumal diese interessante „Umkehr – Methode“, wo dann „hinten vorne war“). Umso mehr erstaunte es mich doch, wenn nicht nur händelringend um Beiträge gebeten wird, gar die Einstellung unserer Zeitung mangels solcher in Erwägung gezogen wird. Um (nein, nicht Gottes Willen – da sei Marx vor) – um keinen Preis! Lieber Jan, lieber André – so sehr ich euren Einsatz schätze: Da liegt ihr dann doch ein wenig daneben.

Hier mein Gegenargument: Seit „ewigen Zeiten“ trage ich hier im „tief-schwarzen“ Vogtland unseren „Boten“ persönlich aus, suche und finde das persönliche Gespräch mit meinen – ausnahmslos Nicht-Genossen. Und darum eben geht es mir. Bekomme dann ständig zu hören: „War auch schon besser, Eure Zeitung, und überhaupt: Warum schreibst du eigentlich

nicht mehr – deine Artikel hatten uns immer besonders gefallen.“ Mir peinlich, liebe Genossen. Schreibe ich mir doch die Finger wund, aber ihr bringt´s halt nicht. Nun aber bin ich bekanntlich nicht der Typ, der auf den „Putzhaut“ – im Gegenteil. Kritik ist natürlich immer einfach – aber wenn doch gut gemeint... Nein, als „Schelte“ also solltet ihr es besser nicht verstehen – habt ihr doch für euren – auch persönlichen – Einsatz Dank und Anerkennung von mir verdient. Würde ich euch doch lieber meine Hilfe anbieten (als Diplom-Journalist mit 60jähriger Berufserfahrung – auch als Redakteur, der „natürlich leicht reden kann“). Nein, leicht fällt es auch mir nicht immer – auch ich schüttele meine Texte „einfach so aus dem Ärmel“ – nicht mal soeben zwar für – aber nicht „mit links“. Feile ich doch oft tagelang an mancher Formulierung – streiche, formuliere neu – noch nicht zufrieden. Allein mit diesem Ziel: Lasst uns doch „unsere Zeitung“ interessanter, vielseitiger für alle ansprechend gestalten. Mit dem „Leichten etwa, dass so schwer zu machen ist“ – dem Feuilleton etwa, einer Glosse, Reportagen – Rätseln gar, witzigen Gedichten, Buchempfehlungen... All das immerhin hatten wir schon einmal – es hat unsere Zeitung angenehm belebt. Fragt den Peter Giersich. Und Genossen – wir können das! Packen wir´s an! Ich reiche euch die Hand – schlägt ein!

Jürgen Böhm

MITWIRKUNGSPFLICHTEN FÜR HARTZ IV-BETROFFENE

„Übersehe ich eine mir nichtig erscheinende Regelung des Jobcenters, so treibt mich das schnell unter das schon knapp bemessene Existenzminimum. Dabei stelle ich täglich mein Bestes in einem nicht bezahlten Praktikum oder einer Maßnahme oder gar als Aufstocker unter Beweis. Wieso bekomme ich eine Sanktion? Wichtige Reparaturen am Auto oder der Ersatz eines dieser minderwertigen, gefährlichen Haushaltsgeräte sind nun unmöglich.“

Welche gesetzlichen Grundlagen regeln das Mitwirken? Wo haben Mitwirkungspflichten ihre Grenzen? Was kann bei Nichteinhaltung passieren? In welcher Situation besteht diese Pflicht auch ohne Bezug? Diesen Fragen wird sich das Sozialforum Göltzschtal annehmen. Eingeladen sind alle sozial engagierten und betroffenen Bürger wie immer ganz herzlich.

www.sozialforumgoeltzschtal.de

2. Juni 2017 - 18.00 bis 19.30 Uhr - Klubraum der Auerbacher AWG (08209 Auerbach, Eisenbahnstr. 32)

LINKER FAMILIENNACHMITTAG IN PLAUEN

Von Eltern wird erwartet, dass sie sich intensiv um ihre Kinder kümmern. Gleichzeitig sollen sie aber auch arbeiten gehen und sich engagieren. Kein Wunder also, dass Familien zunehmend gestresst sind.

„Familien brauchen Zeit, Infrastruktur und Geld und insbesondere an Zeit und Infrastruktur mangelt es“, sagt Jörn Wunderlich, familienpolitischer Sprecher der LINKEN Bundestagsfraktion. Ideen und Vorschläge, wie Familienpolitik besser gemacht werden kann, hat er einige und er stellt sie Ihnen gern vor.

AM MITTWOCH, 23. MAI 2017

ab 15 Uhr Straßencafé
auf dem Theaterplatz

ab 17 Uhr Vortrag und Diskussion „Familienpolitik aus linker Sicht“
in der „Alten Feuerwache“
Neundorfer Straße 3
08543 Plauen

BÜRGER*INNEN-SPRECHSTUNDE

Für das direkte Gespräch mit Janina Pfau, MdL steht unsere Landtagsabgeordnete zu folgenden Bürgersprechstunden für Sie in ihrem Bürgerbüro zur Verfügung:

22.05.2017 14:00 – 16:00 Uhr

12.06.2017 09:00 – 11:00 Uhr

Bürgerbüro MdL Janina Pfau
Markt 3, 08606 Oelsnitz/Vogtl.,
Tel: 037421/ 187878

Weitere Termine sind nach Vereinbarung in Oelsnitz, Auerbach, Plauen und Reichenbach möglich.

DANKE!

Für eure Spenden und Beiträge!
Nur durch euch kann unsere
DIE LINKE existieren!

DIE LINKE.

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

E. Schulze	Rodewisch	16.5.
H. Hartmann	Auerbach	18.5.
R. Musch	Neundorf	20.5.
T. Sautter	Oelsnitz	24.5.
A. Solbrig	Reichenbach	26.5.
H. Franke	Netzschkau	31.5.
G. Vogel	Ellefeld	31.5.
W. Beyer	Plauen	3.6.
E. Gork	Plauen	3.6.
G. Lorenz	Falkenstein	3.6.
L. Rieger	Pöhl	3.6.
W. Schmidt	Mylau	3.6.
K. Gromoll	Klingenthal	5.6.
J. Gärtner	Plauen	5.6.
X. Merkel	Brockau	8.6.
J. Cralischek	Lengenfeld	10.6.
M. Geipel	Klingenthal	11.6.
M. Rehberg	Reichenbach	11.6.
H. Konrad	Reichenbach	13.6.
E. Uhl	Bad Brambach	15.6.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT?!

Arbeitgeber bezahlten 2016 durchschnittlich 33,40€ für eine Arbeitsstunde. Damit lag Deutschland in der EU auf Rang 7.

Statistisches Bundesamt (Destatis)

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 12.04.2017, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 17.05.2017. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinngemäß zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.